

## ANKÜNDIGUNG EINER VERSTEIGERUNG MIT EINZIGEM AUSGEBOT

für die Vergabe einer ordentlichen Verkaufsstelle von Monopolwaren, einzurichten in der Gemeinde **BOZEN (BZ)**

Prot. n. 37437

Am 14/09/2017 um 10,00 Uhr erfolgt bei der Zweigstelle Trient des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e Trentino Alto Adige –Sezione operativa territoriale di Trento, vor dem Direktor des Regionalbüros oder seinem Vertreter ein öffentlicher Wettbewerb gemäß Art. 21 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22.12.1957, 51 der Verordnung, genehmigt durch DPR Nr. 1074 vom 14.10.1958 und Art. 1 Buchstabe a) des Gesetzes Nr. 384 vom 23.07.1980 für die Vergabe der Verkaufsstelle, einzurichten in der Gemeinde Bozen und genauer:

„Alle geeigneten Geschäftslokale in der Reschenstraße, Straßenseite mit geraden Nummern von Nr. 132 (einschließlich interne Nummern) bis Nr. 166, mit einer Entfernung von mindestens 200 Metern zur nächstgelegenen Verkaufsstelle“

Der Wettbewerb erfolgt in einem einzigen Versuch mit geheimem Gebot entsprechend der Form gemäß Art. 73 (Buchstabe b) und Art. 75 *Regolamento di Contabilità Generale dello Stato* (Allgemeine Verordnung über das Rechnungswesen des Staates), genehmigt mit königlichem Dekret Nr. 827 vom 23.05.1924 in der geltenden Fassung.

### I – Gegenstand, Dauer und Bedingungen der Vergabe

Der Auftragnehmer ist zum öffentlichen Verkauf von Monopolwaren in den als Sitz der Verkaufsstelle festgelegten Räumlichkeiten befugt.

Der Auftrag hat auf dem Versuchswege eine Dauer von drei Jahren, unbeschadet der eventuellen Anwendung der Vorschriften laut Absatz 1 Art. 52 der mit DPR Nr. 1074 vom 14.10.1958 genehmigten Verordnung.

Die Pflichten und Rechte des Auftragnehmers sind im zur Kenntnisnahme der Interessenten beim lokalen Steuerlagerbetrieb in Bozen und bei der Zweigstelle des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e Trentino Alto Adige – Sezione operativa territoriale di Trento in via C. Vannetti 13 hinterlegten Leistungsverzeichnis enthalten.

Das für die Ausübung des Auftrags geplante Jahreseinkommen an Tabakwaren beläuft sich auf € 63.122,62=

(dreiundsechzigtausendeinhundertzweiundzwanzig/62)

die Summe die drei Einkommen Tabaktrafiken durch 4 geteilt wird

### II - Zuschlagserteilung

Den Zuschlag für die Vergabe der Verkaufsstelle erhält derjenige, der die höchste Geldsumme geboten hat, zu zahlen als Einmalbetrag bei der Erteilung, innerhalb der von der Verwaltung in einem geheimen versiegelten Blatt festgelegten Grenzen (Mindestgebot und Höchstgebot), das beim Wettbewerb gemäß Art. 75 der genannten Verordnung Nr. 827/1924 zu öffnen ist.

Angebote über dem Höchstgebot oder unter dem Mindestgebot im geheimen Blatt sind ungültig.

Jeder Teilnehmer kann höchstens ein Angebot vorlegen.

Wenn das beste Angebot von zwei oder mehreren Teilnehmern vorgelegt wird, erfolgt die Auswahl des Auftragnehmers gemäß Art. 77 *Regolamento di Contabilità Generale dello Stato* Nr. 827/1924.

Der Zuschlag für den Auftrag erfolgt mit einer einzigen Ausbietung, auch wenn nur ein Angebot vorliegt.

### III – Vorschriften für die Teilnahme am Wettbewerb

Für die Teilnahme am Wettbewerb muss jeder Teilnehmer am Tag und zur Uhrzeit entsprechend den oben stehenden Angaben das auf Stempelpapier in Übereinstimmung mit dem unter dieser Bekanntmachung aufgeführten Vordruck verfasste und von ihm unterzeichnete Angebot in einem verschlossenen Umschlag vorlegen und in einem separaten Umschlag die Quittung für die vorläufige Sicherheitsleistung in Höhe von 3.156,13 Euro

(dreitausendeinhundertsechsfünfzig/13) einzuzahlen in bar beim das Amt von Sezione di Tesoreria Provinciale dello Stato in Bolzano mit dem Verwendungszweck “Gründung eines provisorischen Depots zu Gunsten der Agentur für Zoll und Monopole, als Garantie für die Teilnahme an der öffentlichen Ausschreibung für eine in Bozen zu errichtende Verkaufsstelle von Monopolwaren“.

Das Angebot muss in Ziffern und Buchstaben die Summe angeben, zu deren Zahlung an die Verwaltung sich der Bieter bei der Zuschlagserteilung verpflichtet. Diese Summe muss in Euro angegeben sein.

Für seine Gültigkeit muss das Angebot die Erklärung des Teilnehmers enthalten, dass er – sollte er den Zuschlag erhalten – über die Räumlichkeiten verfügen kann, in denen er das Geschäft betreiben will, sowie Angaben zur genauen Adresse mit Straße und Hausnummer. Wenn keine Hausnummer bestehen sollte, sind andere Angaben zu liefern, anhand derer die Räumlichkeiten eindeutig festgestellt werden können. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass die Räumlichkeiten sich in dem in dieser Bekanntmachung angegebenen Gebiet befinden müssen und zwar mindestens 200 m von der nächsten im Gebiet bereits bestehenden Verkaufsstelle entfernt. Sie müssen ferner bestimmten Anforderungen in Bezug auf die Größe gerecht werden, einen direkten Zugang zur öffentlichen Straße haben und die hygienischen Bedingungen müssen so beschaffen sein, dass sich die Räumlichkeiten für die Einrichtung der Verkaufsstelle eignen. Das Angebot muss außerdem die Erklärung enthalten, dass der Bieter von keinem Ausschlussfall gemäß den Art. 6 und 18 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22.12.1957 oder von der Situation laut Art. 5 des Gesetzes Nr. 384 vom 23.07.1980 betroffen ist und dass er sich verpflichtet, alle eventuellen Ursachen für Unvereinbarkeit gemäß den Art. 7 und 18 des genannten Gesetzes Nr. 1293/1957 innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist zu beseitigen.

Ungültig sind bedingte Angebote sowie Angebote, die sich auf ein Angebot anderer Teilnehmer beziehen.

Das Angebot muss zum Zeitpunkt des Wettbewerbs persönlich vom Bieter oder von einer Person mit einer ordnungsgemäßen und beglaubigten vom Beauftragter ausgestellten Vollmacht vorgelegt werden. Die Vorlage des Angebots beim Wettbewerb seitens einer beliebigen anderen, jedenfalls vom Bieter beauftragten Person ist nicht zulässig. Jeder Bevollmächtigte kann nur einen einzigen Teilnehmer vertreten. Der Bevollmächtigte eines Teilnehmers kann nicht

als Teilnehmer im eigenen Namen beim Wettbewerb auftreten oder umgekehrt. Die Teilnehmer und die Bevollmächtigten müssen sich beim Wettbewerb mit einem gültigen Ausweis ausweisen.

Das Angebot kann auch per Post oder durch Dritte an diese Zweigstelle Trient des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige auf Gefahr des Teilnehmers eingereicht werden, muss jedoch spätestens am Tag vor der Versteigerung eingehen, damit es gültig ist. Beschwerden wegen nicht eingegangener oder verspätet eingegangener Angebote sind nicht zulässig.

In diesem Fall muss der Umschlag mit dem Angebot mit Siegellack versiegelt sein. Auf der Außenseite ist deutlich lesbar die Aufschrift „Offerta per l'appalto della rivendita di nuova istituzione in Bolzano del 14/09/2017 " („Angebot für die Vergabe der neu einzurichtenden Verkaufsstelle in Bozen am 14/09/2017 zu vermerken). Der genannte Umschlag muss zusammen mit der Quittung der Sicherheitsleistung in einem anderen Umschlag an folgende Adresse gesandt werden: „Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige – Sezione operativa territoriale di Trento – via C. Vannetti 13 – 38122 TRENTO“.

Angebote für zu ernennende Personen sind nicht zulässig.

Die vorläufige hinterlegte Sicherheitsleistung der Teilnehmer, die den Zuschlag nicht erhalten, wird unverzüglich freigegeben.

Die vom Auftragnehmer hinterlegte vorläufige Sicherheitsleistung wird freigegeben, wenn die Erfüllungen laut Abschnitt V dieser Bekanntmachung ordnungsgemäß binnen der festgesetzten Frist vorgenommen wurden.

#### IV – Ausschluss vom Wettbewerb

Am Wettbewerb nicht teilnehmen dürfen diejenigen, die von einem beliebigen der Ausschlussfälle gemäß den Art. 6 und 18 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22.12.1957 oder von der Situation nach Art. 5 des Gesetzes Nr. 384 vom 23.7.1980 betroffen sind.

#### V – Erfüllungen nach der Zuschlagserteilung

Binnen 30 Tagen nach dem erfolgten Zuschlag muss der Ersteher Folgendes vorlegen:

a) Urkunde zur Bestätigung der vollständigen Verfügbarkeit der angebotenen Räumlichkeiten und genauer:

1) Bei Pacht oder Unterpacht: entsprechend eingetragener Vertrag für die Räumlichkeiten. Der Vertrag muss mindestens ab dem Ablauf der oben genannten Frist gültig sein.

2) Bei Eigentum: Von der Finanzverwaltung ausgestellte Katasterbescheinigung oder beglaubigte Kopie der Eigentumsurkunde sowie Ersatzerklärung des Notariatsakts mit der Bestätigung der vollständigen Verfügbarkeit der entsprechenden Räumlichkeiten.

b) Urkunde zur Bestätigung der hinterlegten Sicherheitsleistung;

c) Quittung zur Bestätigung der Einzahlung der angebotenen Summe;

d) Innerhalb von sechs Monaten nach der Verleihung des zuständigen Regionalbüro muss die Bescheinigung der fachlichen Eignung gemäß Artikel. 55 Absatz 2 des Decreto-d von 31/05/2010, n. 78 gesendet sein.

e) Darüber informiert zu sein, dass er/sie innerhalb von sechs Monaten ab der Übertragung der Konzession das Zeugnis für die berufliche Eignung laut Art. 55, Par. 2-quinquies, GD Nr. 78 vom 31.05.2010, einreichen muss. Wird besagtes

Zeugnis nicht fristgerecht vorgelegt, verfällt das Anrecht auf die Zuweisung der Konzession. Weiter verpflichtet er/sie sich zur umgehenden Übermittlung obigen Zeugnisses an das Regionalbüro, welches den Fall bearbeitet.

#### VI - Vertragskosten

Zu Lasten des Auftragnehmers gehen alle für die Versteigerungen und den endgültigen Zuschlag aufgewendeten Kosten sowie die Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrag, einschließlich der Registersteuern.

Die Beträge dieser Ausgaben sind vom Auftragnehmer binnen 5 Tagen nach Vertragsabschluss auf durch Modello F24 Accise /Monopoli.

Die Bescheinigung für die erfolgte Einzahlung muss der Zweigstelle Trient des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige übergeben und dem Vertrag beigefügt werden.

#### VII - Verwirkung

Der Auftragnehmer verwirkt das Recht auf Zuweisung der Verkaufsstelle:

a) Wenn die im Angebot abgegebenen Erklärungen sich vollständig oder teilweise als unwahr erweisen oder wenn er den Verpflichtungen laut Abschnitt V nicht binnen der gesetzten Frist nachkommt oder auf den Zuschlag verzichtet oder wenn er nicht alle Verpflichtungen und von der Behörde festgelegten Bedingungen erfüllt oder wenn er – auch vor der Genehmigung des Vertrags oder der Einsetzung – von einem der Fälle laut Art. 6 und 18 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22.12.1957 betroffen wird.

In den oben genannten Fällen zieht die Behörde die gesamte für die Teilnahme am Wettbewerb oder die Erteilung des Auftrags geleistete Sicherheitsleistung ein.

b) Wenn die im Angebot angegebenen Räumlichkeiten nach Ermessen des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige, Zweigstelle Trient, nicht als geeignet für die Ausübung der Leistung befunden werden oder wenn die Entfernung von der nächsten Verkaufsstelle geringer ist als in Abschnitt III.

c) Wenn der Auftragnehmer von einem der Fälle der Unvereinbarkeit gemäß den Art. 7 und 18 des Gesetzes 1293 vom 22.12.1957 betroffen ist und diese Unvereinbarkeiten nicht innerhalb der von der Zweigstelle Trient des Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige gesetzten Frist beseitigt. In all diesen Fällen hat die Behörde immer das Recht, die Rückerstattung der aufgewendeten Kosten geltend zu machen und sie der hinterlegten vorläufigen Sicherheitsleistung zu entnehmen. Hierfür sind keine Inverzugsetzung oder andere Formalitäten erforderlich, unbeschadet der Inanspruchnahme jener Maßnahmen bei Nichterfüllung, die gesetzlich für den Einzug dessen zustehen, was nicht eingetrieben werden konnte;

d) innerhalb sechs Monaten nachdem Verleihung muss die Einlagen Regionalbüro Zuständigkeit des Befähigungsnachweis gemäß Art. erreicht. 55 Absatz 2 des Decreto-d von 31/05/2010, n. 78 abgegeben

TRIENT, 17/07/2017      Il Funzionario delegato  
Provvedimento n. 34486 del 3.07.2017  
Camilla Salutari

Firma autografa sostituita a mezzo stampa ai sensi dell'art. 3, comma 2, del DLgs. 39/93

## VORDRUCK DES ANGEBOTS (zu fassen auf Stempelpapier)

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, drei Jahre lang den Auftrag für die Betreibung der Verkaufsstelle von Monopolwaren, die in ..... neu eingerichtet wird, zu übernehmen, unter strikter Einhaltung der mit der Ankündigung der Versteigerung festgelegten Bedingungen. Weiterhin verpflichtet er sich, bei der Zuschlagserteilung die Summe von ..... Euro als Einmalbetrag zu zahlen. (...../..... Euro).

1) Ich erkläre unter Eigenverantwortung, dass ich bei Zuschlagserteilung über die Räumlichkeiten in Via ..... Hausnummer ..... Gemeinde ..... verfügen kann, wo ich beabsichtige, die einzurichtende Verkaufsstelle unterzubringen. Ich bin von keinem der Ausschlussfälle gemäß den Artikeln 6 und 18 des Gesetzes Nr. 1293<sup>1)</sup> betroffen oder von der Situation laut Art. 5 des Gesetzes Nr. 384<sup>2)</sup> vom 23.07.1980. Ich verpflichte mich außerdem, alle eventuellen Ursachen für Unvereinbarkeit gemäß den Art. 7 und 18<sup>3)</sup> des Gesetzes Nr. 1293 vom 22.12.1957 innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist zu beseitigen.

NACHNAME, VORNAME, GEBURTSORT UND GEBURTSDATUM, STEUERNUMMER, WOHSITZ DES BIETERS  
UNTERSCHRIFT

) Gemäß den Vorschriften der Art. 6 und 18 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22. Dezember 1957 dürfen folgende Personen keine Verkaufsstelle betreiben:

1) Minderjährige, ausgenommen sie sind zur Betreibung eines Geschäfts befugt

2) Personen, die keine Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind

3) Beschränkt entmündigte oder entmündigte Personen

4) Von Insolvenz betroffene Personen, die binnen der Ablauffrist dieser Ankündigung nicht aus dem Insolvenzregister gestrichen wurden

5) Personen, die nicht gegen Infektionskrankheiten oder ansteckende Krankheiten immun sind

6) Personen, die verurteilt wurden wegen:

a) Beleidigungen des Präsidenten der Republik oder gesetzgebender Versammlungen

1) Straftaten, für die eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren vorgesehen ist, auch wenn durch mildernde Umstände eine geringere Freiheitsstrafe verhängt wurde, oder Straftaten, für welche eine Strafe verhängt wurde, die den dauernden Ausschluss von öffentlichen Ämtern beinhaltet.

c) Straftaten gegen das Vermögen, die öffentliche Moral, die Sitten, den öffentlichen Glauben, die öffentliche Verwaltung, die Industrie und den Handel, sowohl wenn vom Strafgesetzbuch als auch von Sondergesetzen vorgesehen, für welche die verhängte Strafe eine Freiheitsstrafe von mindestens dreißig Tagen oder ein Bußgeld beinhaltet, das laut Strafgesetzbuch in eine Freiheitsstrafe von mindestens dreißig Tagen umgewandelt werden kann. Dies gilt nicht, wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

d) Schmuggel, unabhängig von der verhängten Strafe

7) Personen, die in den vorhergehenden fünf Jahren auf die Betreibung eines Magazins verzichtet haben

8) Personen, die auf dem Verwaltungswege von einem Verfahren wegen Schmuggel von Monopolwaren zu ihren Lasten betroffen waren. Die Behörde hat das Recht, die Betreibung zu genehmigen, wenn mindestens fünf Jahre seit Erlöschen der Straftat vergangen sind.

9) Personen, die ihrer Eigenschaft als Betreiber oder Helfer eines Magazins oder einer Verkaufsstelle oder von anderen Aufgaben im Zusammenhang mit Beziehungen zur Behörde der staatlichen Monopole enthoben wurden, wenn nicht mindestens fünf Jahre seit der Enthebung vergangen sind.

2) Gemäß Art. 5 des Gesetzes Nr. 384 vom 23. Juli 1980 können die Personen, die auf die Betreibung eines entsprechenden Geschäfts in den fünf Jahren zuvor verzichtet haben, keine Verkaufsstelle zugewiesen bekommen.

3) Gemäß den Vorschriften der Art. 7 und 18 des Gesetzes Nr. 1293 vom 22. Dezember 1957 dürfen folgende Personen keine Verkaufsstelle betreiben:

1) Personen, die mit andauerndem Arbeitsverhältnis für abhängige Arbeit bei anderen beschäftigt sind

2) Personen, die unabhängig von der jeweiligen Berechtigung ein anderes Magazin oder eine andere Verkaufsstelle betreiben oder mit einer Person zusammenleben, die ein anderes Magazin betreibt oder in einem Amt oder einem Werk der staatlichen Monopole arbeitet oder der Finanzwacht angehört.

Die Unvereinbarkeit erlischt, wenn der/die Betreffende innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist die Ursache beseitigt.



**UFFICIO DEI MONOPOLI PER IL VENETO E IL TRENTINO ALTO ADIGE**  
**SEZIONE OPERATIVA TERRITORIALE DI TRENTO**  
**AVVISO D'ASTA AD UNICO INCANTO**  
per l'appalto della rivendita generi di monopolio da istituirsi nel Comune di  
**BOLZANO**

Prot. n. 37437

Il giorno **14/09/2014 alle ore 10**, presso questa Sezione dell'Ufficio sita in via C. Vannetti n 13 – Trento - avanti al Direttore o a persona da lui designata, si terrà la pubblica gara ai sensi degli artt. 21 della legge n. 1293 del 22 dicembre 1957, 51 del Regolamento approvato con D.P.R. n. 1074 del 14 ottobre 1958 e 1 lettera a) della legge n. 384 del 23 luglio 1980 per l'appalto della rivendita da istituirsi nel Comune di **BOLZANO** e precisamente: **VIA RESIA, TUTTI I LOCALI COMMERCIALI IDONEI LATO CIVICI PARI DAL N. 132 (COMPRESI I SOTTOCIVICI) AL N. 166 POSTI AD ALMENO 200 M. DALLA RIVENDITA PIU' VICINA.**

L'asta avrà luogo ad unico incanto, ad offerta segreta, con la forma di cui agli artt. 73 (lett. B) e 75 del Regolamento di Contabilità Generale dello Stato, approvato con R.D. n. 827 del 23 maggio 1924 e successive modifiche.

**I - Oggetto, durata e condizioni dell'appalto**

L'aggiudicatario è autorizzato alla vendita al pubblico dei generi di monopolio nel locale stabilito quale sede della rivendita. L'appalto, in via di esperimento avrà la durata di **anni tre**, salva l'eventuale applicazione del disposto di cui al primo comma dell'art. 52 del Regolamento approvato con D.P.R. n. 1074 del 14 ottobre 1958. Gli obblighi ed i diritti dell'appaltatore sono contenuti nel Capitolato d'Oneri depositato, per cognizione degli interessati, presso il deposito fiscale locale di BZ-(BOLZANO) e presso questa Sezione dell'Ufficio dei Monopoli per il Veneto e Trentino Alto Adige. Il reddito annuo a tabacchi previsto per l'esercizio in appalto è di € **63.122,62 (euro sessantatremilacentoveitidue/62)**, determinato dividendo per 4 la somma dei redditi conseguiti dalle 3 rivendite più vicine alla zona di gara.

**II - Aggiudicazione**

L'appalto della rivendita sarà aggiudicato a chi avrà offerto la somma di denaro più elevata, da corrispondersi in un'unica soluzione all'atto del conferimento, contenuta entro i limiti (minimo e massimo) fissati dall'Agenzia mediante scheda segreta sigillata, da aprirsi al momento della gara, ai sensi dell'art. 75 del citato Regolamento n. 827/1924. Le offerte superiori al massimo o inferiori al minimo contenuti nella scheda segreta non sono valide. Ciascun concorrente non può presentare più di una offerta. Ove la migliore offerta risulti presentata da due o più concorrenti, la scelta dell'aggiudicazione avrà luogo a termini dell'art. 77 del Regolamento di Contabilità Generale dello Stato n. 827/1924. L'aggiudicazione dell'appalto ha luogo ad unico incanto anche quando vi sia una sola offerta.

**III - Norme per partecipare alla gara**

Per partecipare alla gara ciascun concorrente deve, nel giorno e nell'ora suindicati, presentare in piego chiuso l'offerta redatta su carta da bollo, conforme al modello riportato in calce al presente avviso, debitamente da lui sottoscritta, ed in piego separato la ricevuta del deposito provvisorio di € **3.156,13 (tremilacentocinquantesi/13)** da eseguirsi in contanti presso la Banca d'Italia - Sezione di Tesoreria Provinciale dello Stato di BOLZANO con la seguente causale: "Costituzione deposito provvisorio a favore dell'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli a garanzia della partecipazione alla gara d'appalto per la rivendita generi di monopolio da istituirsi a Bolzano".

L'offerta deve esprimere in cifre ed in lettere la somma che l'offerente si obbliga a corrispondere all'Agenzia all'atto del conferimento.

L'offerta deve contenere, a pena di nullità, la dichiarazione del concorrente che, ove risulti aggiudicatario, egli potrà disporre del locale in cui intende far funzionare l'esercizio, precisandone l'ubicazione con la via ed il numero civico o, in mancanza di quest'ultimo, con altre indicazioni atte ad individuarlo esattamente senza possibilità di equivoci. Si avverte a questo proposito che il locale deve trovarsi nella zona indicata dal presente avviso, a distanza non inferiore a **200** dalle più vicine rivendite già esistenti nella zona, e deve presentare requisiti di ampiezza, diretta accessibilità alla pubblica via e condizioni igieniche tali da renderlo idoneo per l'impianto della rivendita. Ai sensi della circolare n. 04/61500 del 16 maggio 1996 e successive modificazioni, è concessa la facoltà di modificare l'indicazione del locale proposto, sempre nel limite della zona prescritta, nel termine di trenta giorni previsto dal bando per la dimostrazione della relativa disponibilità. Inoltre, l'offerta deve contenere la dichiarazione che l'offerente non si trova in alcuno dei casi di esclusione previsti dagli artt. 6 e 18 della legge n. 1293 del 22 dicembre 1957 o nella situazione di cui all'art. 5 della legge n. 384 del 23 luglio 1980, nonché di essere a conoscenza che a seguito dell'aggiudicazione della concessione, dovrà conseguire, entro i sei mesi successivi, il certificato di idoneità professionale di cui all'art. 55, comma 2-quinquies del D.L. del 31/05/2010, n. 78 a pena di decadenza dell'assegnazione e di impegnarsi, altresì, a far pervenire tempestivamente il suddetto certificato alla Sezione dell'Ufficio dei Monopoli presso la quale è in corso di trattazione la relativa pratica e che si impegna a rimuovere, nel termine assegnato dall'Agenzia, ogni eventuale causa di incompatibilità prevista dagli artt. 7 e 18 della citata legge n. 1293/1957. Non è valida l'offerta condizionata, né quella riferentesi ad offerta di altri concorrenti. L'offerta deve essere presentata all'atto della gara personalmente dall'offerente o da persona munita di regolare ed autentico atto di procura speciale rilasciato dal mandante. Non è ammessa la presentazione dell'offerta all'atto della gara fatta da qualsiasi altra persona comunque incaricata dall'offerente. Ciascun procuratore può rappresentare solo un concorrente. Il procuratore di un concorrente non può intervenire alla gara anche come partecipante in nome proprio e viceversa. I concorrenti ed i procuratori devono presentarsi alla gara muniti di valido documento di riconoscimento. L'offerta può anche essere inviata a questa Sezione dell'Agenzia, a rischio del concorrente, per mezzo della posta o di terze persone, ma per essere valida deve pervenire non più tardi del giorno precedente a quello in cui si tiene l'asta. Non sono ammessi reclami per l'offerta non pervenuta o pervenuta in ritardo.

La busta contenente l'offerta, in tal caso, deve portare all'esterno in modo chiaro l'indicazione: "**Offerta per l'appalto della rivendita di nuova istituzione in BOLZANO - Asta del 14/09/2017**" sigillata a ceralacca e racchiusa, assieme alla ricevuta di deposito, in altra busta da inoltrare al seguente indirizzo: "**Agenzia delle Dogane e dei Monopoli - Ufficio dei Monopoli per il Veneto e Trentino Alto Adige - Sezione operativa territoriale di Trento - via C. Vannetti n 13, 38122 TRENTO**".

Non sono ammesse offerte per persone da nominare. Ai partecipanti alla gara che non risultino aggiudicatari sarà, seduta stante, svincolato il deposito provvisorio eseguito. Il deposito provvisorio costituito dall'aggiudicatario sarà svincolato dopo la regolare esecuzione, nel termine stabilito, degli adempimenti di cui al paragrafo V del presente avviso.

#### **IV - Esclusione dalla gara**

Non può partecipare alla gara chi si trovi in alcuno dei casi di esclusione previsti dagli artt. 6 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957 ovvero nella situazione contemplata dall'art.5 della Legge n. 384 del 23 luglio 1980.

#### **V - Adempimenti successivi all'aggiudicazione**

L'aggiudicatario, entro trenta giorni dall'avvenuta aggiudicazione, dovrà esibire:

a) l'atto comprovante la piena disponibilità del locale e propriamente:

1) se trattasi di locazione: contratto di locazione, debitamente registrato, del locale designato. Il contratto deve decorrere almeno dalla data di scadenza del termine sopraindicato;

2) se trattasi di sublocazione: contratto di sublocazione, debitamente registrato, unitamente al contratto di locazione originario;

3) se trattasi di proprietà: il certificato catastale rilasciato dall'Amministrazione finanziaria ovvero copia autenticata dell'atto costitutivo del diritto di proprietà, nonché, la dichiarazione sostitutiva dell'atto di notorietà attestante la piena disponibilità del locale designato;

b) il documento comprovante l'effettuato deposito cauzionale. di € 51,65;

c) la ricevuta comprovante il versamento della somma offerta. Tale versamento dovrà essere effettuato a mezzo modello F24 Accise - SEZIONE ACCISE/MONOPOLI ED ALTRI VERSAMENTI NON AMMESSI IN COMPENSAZIONE.

All'atto dell'aggiudicazione o entro il termine assegnatogli da questa Sezione dell'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli l'aggiudicatario dovrà sottoscrivere apposito contratto per la gestione della rivendita, obbligandosi alla stretta osservanza delle norme contenute nella L. n. 1293/57, nel Regolamento approvato con D.P.R. n. 1074/58, nella L. n. 384/80, nonché nel Capitolato d'oneri per l'appalto delle rivendite.

L'aggiudicatario, entro sei mesi successivi all'aggiudicazione, farà pervenire alla Sezione operativa territoriale di Trento dell'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli – Ufficio dei Monopoli per il Veneto e Trentino Alto Adige - il certificato di idoneità professionale di cui all'art. 55, comma 2-quinquies del D.L. del 31/05/2010, n. 78.

#### **VI - Spese contrattuali**

Sono a carico dell'appaltatore tutte le spese occorse per gli incanti e la definitiva aggiudicazione, nonché, quelle inerenti al contratto, compresa l'imposta di registro. Gli importi di tali spese debbono essere versati dall'appaltatore, entro 5 giorni dalla data di stipulazione del contratto a mezzo modello F 23 Accise Sezione Accise/Monopoli ed altri Versamenti non ammessi in compensazione.

L'attestato del versamento deve essere consegnato alla Sezione di Trento dell'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli per essere allegato al contratto.

#### **VII - Decadenza**

L'aggiudicatario decadrà dall'assegnazione della rivendita qualora:

a) le dichiarazioni fatte nell'offerta risultino in tutto o in parte non vere, oppure egli non provveda agli adempimenti di cui al paragrafo V nel termine stabilito o rinunci all'aggiudicazione o comunque non ottemperi a tutti gli obblighi e condizioni stabiliti dall'Agenzia ovvero, anche prima dell'approvazione del contratto o dell'immissione in servizio, venga a trovarsi in uno dei casi di esclusione previsti dagli artt. 6 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957. Nelle ipotesi sopra contemplate l'Agenzia provvederà all'incameramento dell'intero deposito cauzionale effettuato per la partecipazione alla gara o di quello costituito per il conferimento dell'appalto;

b) il locale indicato nell'offerta non sia riconosciuto, a discrezionale giudizio di questo Ufficio, idoneo per lo svolgimento del servizio o si trovi a distanza inferiore a quella stabilita nel paragrafo III dalle più vicine rivendite;

c) trovandosi in uno dei casi di incompatibilità previsti dagli artt. 7 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957 egli non provveda a rimuovere tali incompatibilità nel termine assegnato da questo Ufficio.

d) nei sei mesi successivi all'avvenuta aggiudicazione non depositi alla Sezione di Trento dell'Ufficio dei Monopoli per il Veneto e il Trentino Alto Adige il certificato di idoneità professionale conseguito ai sensi dell'art. 55, comma 2-quinquies del D.L. del 31/05/2010, n. 78.

In tutti questi casi l'Agenzia ha sempre diritto di rivalersi delle spese sostenute con prelevamento sul deposito provvisorio eseguito, senza bisogno di costituzione in mora o di altra formalità, salvo l'esercizio, contro l'inadempimento, di quelle azioni che competono per legge ai fini del rimborso di quanto non sia dato di recuperare;

TRENTO, 17/07/2017

Il Funzionario delegato

Provvedimento n. 34486 del 3.07.2017

Camilla Salutari

Firma autografa sostituita a mezzo stampa ai sensi dell'art. 3, comma 2, del DLgs. 39/93

## MODELLO DELL'OFFERTA (da riprodurre su carta da bollo)

Io sottoscritto (cognome e nome, nato a \_\_\_\_\_, il \_\_\_\_\_, residente a \_\_\_\_\_, via \_\_\_\_\_, n. \_\_\_\_\_, c.f. \_\_\_\_\_) mi impegno ad assumere in appalto, per tre anni, l'esercizio della rivendita generi di monopolio di nuova istituzione in ..... sotto la stretta osservanza delle condizioni fissate dall'avviso d'asta, obbligandomi al pagamento in una unica soluzione, all'atto del conferimento, della somma di € ..... (Euro .....). Dichiaro sotto la mia personale responsabilità, che in caso di aggiudicazione potrò disporre del locale sito in via ..... n. ...., del Comune di ..... ove intendo ubicare la rivendita suindicata e di non trovarmi in alcuno dei casi di esclusione previsti dagli artt. 6 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957<sup>(1)</sup> o nella situazione di cui all'art. 5 della Legge n. 384 del 23 luglio 1980<sup>(2)</sup>, obbligandomi a rimuovere, nel termine assegnato dall'Agenzia, ogni eventuale causa di incompatibilità prevista dagli artt. 7 e 18<sup>(3)</sup> della legge n. 1293 del 22 dicembre 1957. Di essere a conoscenza che a seguito del conferimento della titolarità della concessione, dovrà conseguire, entro i sei mesi successivi, il certificato di idoneità professionale di cui all'art. 55, comma 2-quinquies del D.L. del 31/05/2010, n. 78 a pena di decadenza dell'assegnazione e di impegnarsi, altresì, a far pervenire tempestivamente il suddetto certificato alla Sezione di Trento dell'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli presso il quale è in corso di trattazione la relativa pratica.

FIRMA

Luogo e data

---

(1) Ai sensi del combinato disposto dagli artt. 6 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957, non può gestire una rivendita chi: 1) sia minore di età, salvo che non sia autorizzato all'esercizio di impresa commerciale; 2) non abbia la cittadinanza italiana o di uno degli Stati membri delle Comunità Europee; 3) sia inabilitato o interdetto; 4) sia stato dichiarato fallito e non abbia conseguito la cancellazione dal registro dei falliti entro la data di scadenza del presente avviso; 5) non sia immune da malattie infettive o contagiose; 6) abbia riportato condanne: a) per offese alla persona del Presidente della Repubblica ed alle Assemblee legislative; b) per delitto punibile con la reclusione non inferiore nel minimo ad anni tre, ancorché, per effetto di circostanze attenuanti, sia stata inflitta una pena di minore durata ovvero per delitto per cui sia stata irrogata una pena che comporti l'interdizione perpetua dai pubblici uffici; c) per delitto contro il patrimonio, la moralità pubblica, il buon costume, la fede pubblica, la Pubblica Amministrazione, l'industria ed il commercio, tanto se previsto dal Codice penale quanto da leggi speciali, ove la pena inflitta sia superiore a trenta giorni di reclusione ovvero ad una multa commutabile, a norma del Codice penale, nella reclusione non inferiore a trenta giorni a meno che, in entrambi i casi, il condannato non goda della sospensione condizionale della pena; d) per contrabbando, qualunque sia la pena inflitta; 7) abbia nei precedenti cinque anni rinunciato alla gestione di un magazzino; 8) abbia definito in sede amministrativa procedimento per contrabbando di generi di monopolio a suo carico. È in facoltà dell'Agenzia consentire la gestione quando siano trascorsi almeno cinque anni dall'avvenuta estinzione del reato; 9) sia stato rimosso dalla qualità di gestione o coadiutore di un magazzino o di una rivendita, ovvero da altre mansioni inerenti a rapporti con l'Agenzia delle Dogane e dei Monopoli, se non siano trascorsi almeno cinque anni dal giorno della rimozione;

(2) Ai sensi dell'art. 5 della Legge n. 384 del 23 luglio 1980, non può ottenere il conferimento di una rivendita chi abbia rinunciato alla gestione di un analogo esercizio nei cinque anni precedenti;

(3) Ai sensi del combinato disposto degli artt. 7 e 18 della Legge n. 1293 del 22 dicembre 1957, non può gestire una rivendita chi: 1) presti la propria opera, con rapporto di lavoro continuativo, alle dipendenze altrui; 2) eserciti, a qualunque titolo, altro magazzino o rivendita, oppure conviva con persona esercente altro magazzino o comunque addetta ad ufficio o stabilimento dei Monopoli di Stato, ovvero appartenente al Corpo della Guardia di Finanza.

L'incompatibilità cessa se, entro i termini stabiliti dall'Agenzia, l'interessato ne abbia rimosso la causa.